

Ein Flyer der Deutschen Kommunistischen Partei Saarland

## Raus aus der Kürzungspolitik! Eine Milliarde extra für das Saarland! GroKo abwählen!

Seit 2012 regiert die CDU-SPD „Schuldenbremsen-Koalition“ im Saarland. Die beispiellose Sparpolitik der großen Koalition ist keine Sparpolitik, sondern eine Kürzungspolitik. Sie verschärft die Situation, ist unsozial und zunehmend antidemokratisch.

Die Staatsverschuldung ist bewusst herbeigeführt worden, um Banken und Versicherungen zusätzliche Verwertungsmöglichkeiten für ihr Kapital zu bieten. Das Saarland ist durch eine ungerechte Steuerverteilung besonders benachteiligt.

Das Diktat der Schuldenbremse hat einen Flächenbrand mit desaströsen Folgen ausgelöst. Auf vielen Gebieten geht es inzwischen rasant bergab: In der Daseinsvorsorge, mit der finanziellen Ausstattung der Kommunen und Krankenhäuser, mit den öffentlichen Dienstleistungen, mit der Universität, in der Kulturlandschaft, in der Infrastruktur. Immer mehr Kommunen des Landes sind wegen steigender Ausgaben zum Haushalts-Sanierungsfall geworden. Um die Schuldenbremse einhalten zu können, wurden und werden Arbeitsplätze beim Land vernichtet und öffentliche Dienstleistungen abgebaut, und der Personalabbau hat auch die Kommunen erreicht.

Die Verschuldung unseres Bundeslandes mit knapp 1 Mio. Einwohnern steigt von heute fast 13 Mrd. EUR bis Ende 2020 auf 15 Mrd. EUR. Bedient werden mit diesen Einsparungen die Zinszahlungen an die Banken, die sich zur Zeit auf 500 Mio. EUR jährlich belaufen, im Jahr 2016 sollen es trotz Schuldenbremse 550 Mio. sein. Selbst die Unternehmerverbände stellen fest: „Das Saarland ist auf der Intensivstation!“

Maßnahmen, um die Einkommenseite des Landes, z. B. durch Einführung der Vermögenssteuer, oder eine Vermögensabgabe der Superreichen, zu verbessern, sind von dieser Landesregierung nicht zu erwarten. Sie muss abgewählt werden!

### Kapitalismus ist menschenfeindlich und macht kaputt.

Das Saarland ist von den kapitalistischen Krisen und von neoliberaler Politik in besonderer Weise betroffen. Es bietet den kapitalistischen Unternehmen paradisische Bedingungen für Extra-Profit.

In unserem Bundesland wirkt ein Teufelskreis von geringen Löhnen, niedrigen Renten, wachsenden Sozialtransfers insbesondere für Aufstockungen bei RentnerInnen und bei prekär Beschäftigten (Hartz IV und Sozialhilfe) und einer Kürzungspolitik, die die Infrastruktur des Landes immer weiter verrotten lässt.

Die Folge ist, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander geht und die Daseinsvorsorge für immer mehr Menschen in Gefahr gerät.

Mehr als jeder sechste Einwohner im Saarland lebt unterhalb der Armutsgrenze. 17,5 % der Bevölkerung müssen mit einem Einkommen auskommen, das nur 60 % des mittleren Einkommens entspricht. Inzwischen sind zwei Drittel der Arbeitslosen, insbesondere die Hartz-IV-Empfänger, armutsgefährdet. Besonders skandalös ist die Kinderarmut; 18,7 % der Kinder unter 15 Jahren und damit deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt leben vom Sozialgeld. Genauso skandalös ist das Ansteigen der Armutsquote bei den Rentnern im Saarland. Sie stieg von 11,8 % auf 20,4 % im Zeitraum 2005 bis 2014! Der Verdienstrückstand bei Löhnen und Gehältern gegenüber dem Bund ist weiter gewachsen. Es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, dass immer mehr Menschen im Saarland ihre Ernährungsgrundlagen über die „Tafel“ sichern müssen!

### SOLIDARITÄT!

*Für die berechtigten Forderungen der Länder-Bediensteten und der kämpfenden Beschäftigten in den Krankenhäusern!*

*Die DKP Saarland unterstützt die Gewerkschaft ver.di im Kampf um mehr Lohn und die Beschäftigten der Krankenhäuser im Saarland in ihrem Kampf um einen Entlastungstarifvertrag (Tarifvertrag über Mindestanzahl von Pflegekräften auf den Stationen), sowie den Saarbrücker Appell für mehr Pflegepersonal „Aufstehen für die Pflege“. Solidarität mit dem Pflegepersonal der Krankenhäuser ist ein Beitrag für eine bessere pflegerische Versorgung!*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür stehen wir solidarisch an Eurer Seite.*

**Der Mensch geht vor Profit!**



Das ist das Ergebnis einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den Unternehmensprofiten Vorrang vor den hier lebenden Menschen gibt.

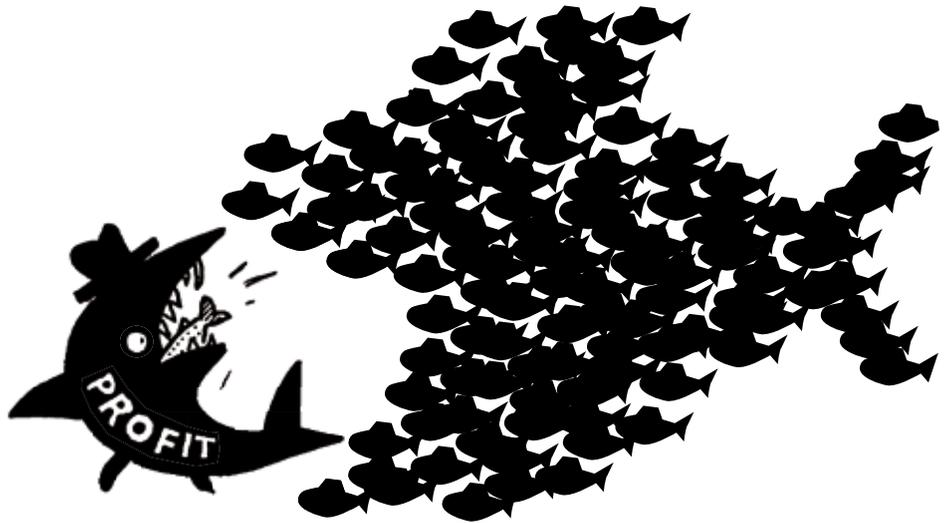
Die DKP fordert:

- Sofortiges Aussetzen der Schuldenbremse, weil sie die Lage verschlechtert und nicht zukunftstauglich ist.
- Die Kaputtsparpolitik muss sofort gestoppt werden. Insbesondere die Kommunen müssen sofort deutlich finanziell entlastet werden.
- Sofortiges Infrastrukturprogramm in Höhe von zusätzlich einer Milliarde Euro. Damit muss vor allem die soziale und ökologische Infrastruktur modernisiert und verbessert werden.

Dazu gehört ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, mit dem die Arbeitslosigkeit und die zunehmende Armut bekämpft, Geflüchtete leichter integriert werden können. Notwendig ist auch ein Zukunftsprogramm für die Stahlindustrie und ihre Arbeitsplätze.

## Scheinlösung Länderfinanzausgleich

Der „neue“ Länderfinanzausgleich liegt auf dem Tisch. Die Regierungskoalition aus CDU und SPD im Saarland feiert sich selbst für das, was hier erreicht worden sei. Damit sei das Saarland als Bundesland „gerettet“ und spätestens nach 2020 würde die Landschaft hierzulande „wieder blühen“.



Was bedeutet die Einigung zum neuen Länderfinanzausgleich für das Saarland wirklich?

- Es ist keine Entschuldungslösung – das heißt das unsoziale und viele Lebensgrundlagen zerstörende Spardiktat mit der Schuldenbremse wird festgeschrieben.
- Bei Ende der Niedrigzinsphase und zurückgehenden Steuereinnahmen droht der schnelle Bankrott des Landes!
- Die Sicherung einer Daseinsvorsorge im Land und in den Kommunen wird immer weniger möglich.
- Bis 2020 erhält das Saarland nur 360 (!) Millionen über den Finanzausgleich. Ab 2021 sollen es 500 Millionen sein. Finanziert über die Umsatzsteuer. Das heißt die arbeitenden Menschen bezahlen auch diese Rechnung. Die Vermögen der Millionäre werden weiterhin nicht angetastet.
- Die Umverteilung von unten nach oben wird weiter gehen. Die Reichen werden noch reicher, die sozialen Ungerechtigkeiten und Unsicherheiten noch größer.
- Das Land wird seiner Finanzpolitik entmündigt – das Bundesfinanzministerium diktiert! Immer weniger Möglichkeiten für Bedürfnisse aus den regionalen Bedingungen!
- Mit der Zentralisierung der Fernstraßenverwaltung wird der Einstieg in die Privatisierung betrieben – Gewinner wird die Finanzwirtschaft sein.

### Infobox:

Ich will:

- mehr Infos über die DKP
- ein kostenloses Probeabo der uz - Zeitung der DKP
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Mitglied der DKP werden

Vorname:.....

Name:.....

Anschrift: .....

.....

E-Mail:.....

Ausfüllen und absenden an:  
DKP Saarland, Sittersweg 83, 66113 Saarbrücken,  
dkp-saarland@arcor.de, www.dkp-saarland.de,  
v.i.S.d.P.: Fred Herger

Die Zukunftsprobleme sind finanziell nicht gelöst!

Die Vereinbarungen zum Länderfinanzausgleich sind eine Bankrotterklärung der saarländischen Landesregierung!

### Aufstehen für die Pflege

- Demonstration am 8. März 2017
- Start: 11 Uhr Bürgerhaus Burbach
- Kundgebung: 13 Uhr Staatstheater

- Veranstaltung der DKP Saarland zum Internationalen Frauentag zu Fasia Jansen am 9. März 17, 18 Uhr, Galerie im Filmhaus, Mainzerstr. 8, Saarbrücken

  
**DKP**  
Saarland